

Die vom Herrn Abgeordneten **Boß** darauf basirte Verwendung für den Antrag, daß ihm der gegenwärtige Zeitpunkt günstiger, als die Zukunft, für die Erwerbung der Bahn Seiten des Staats erscheine, zumal die dazu erforderlichen Mittel gewiß in der anerkannten umsichtigen Weise unserer hohen Staatsregierung würden herbeigeschafft werden, veranlaßte

den Herrn Staatsminister v. **Beßau**, sich hauptsächlich in folgender Maasse zu äußern. Wenn man zunächst frage, wodurch der Antrag hervorgerufen worden sei, so möge wohl der Grund hierzu darin zu finden sein, daß man die jetzt für die fragliche Bahn aufgestellten Concessionen für zu hoch erachte; allein bei der Prüfung derselben werde man dieserhalb Beruhigung darin fassen können, daß eine moralische Verpflichtung vorliege, für diese Bahn vor allen Dingen so viel, als für andere Bahnen, zu thun. Gelänge wider Erwarten durch diese Concessionen die beabsichtigte Unterstützung des Unternehmens nicht, so würde die Lage der Regierung der Gesellschaft gegenüber sich mindestens in so fern günstiger gestalten, als jeder diesfallige Vorwurf verschwinde. Die überhaupt die jetzige Finanzlage berücksichtigenden Regierungsvorschläge fußten auf der Wahrscheinlichkeit, daß die gegenwärtige Geldcrisis eine in drei bis fünf Jahren vorübergehende sein werde, inzwischen aber würden die Eisenbahnen in Deutschland ihrer Vollendung zugeführt, die Staatsbauten bewirkt und der Actienertrag beurtheilbar werden, dann aber leichter, auch durch eine öffentliche Anleihe, diese Angelegenheiten zu ordnen sein, mithin könne kaum durch den Verzug in dieser Erwerbung ein Nachtheil für den Staat entstehen, zumal wenn man nicht auch hinsichtlich der übrigen Bahnen das jetzige System verändern wolle.

Der Herr Abgeordnete v. **Beßow** fand hier seinen Zweck der überzeugenden Erörterung erreicht und demnach sich bewogen, den ersten Theil seines Antrags fallen zu lassen, was auf Präsidialfrage die Kammer einhellig genehmigte.

Nun entfaltete sich über den zweiten Theil des Antrags ebenfalls eine Debatte, an welcher die Herren Abgeordneten v. **d. Planitz**, **Georgi**, **D. Schaffrath**, **v. Thielau** und **Clauß** sich betheiligten und wobei nur der Letztere einen Werth auf den Antrag selbst deshalb legte, um zu den auszusprechenden Bewilligungen eine besondere Garantie zu erlangen. Allein die übrigen Redner bezeichneten den Antrag theils für überflüssig, theils für bedenklich. Gelänge der Eisenbahngesellschaft nicht, durch eine Anleihe oder sonst ihren Verbindlichkeiten zu genügen, so werde der Staat von selbst einzutreten haben, und unter einer zu großen Beschleunigung namentlich der größern Bauten dürfte deren Solidität leiden, auch überhaupt zu berücksichtigen sein, daß durch eine Veränderung der jetzigen Sachlage die Hauptfrage wieder precar werde. Man nahm hierbei besondern Bezug auf den siebenten Punkt der Regierungserklärung vom 26. Mai 1845 und bemerkte, daß durch das ständische Festhalten desselben die stattgefundenene

Genehmigung der übrigen Punkte Seiten der Gesellschaft erlösche. Auch möchte ohne Verschuldung der Gesellschaft nicht füglich Administration und Sequestration anzulegen sein. Man wies darauf insonderheit hin, daß schneller Anschluß an Baiern äußerst wichtig sei und dieser hinsichtlich der Bahnstrecke von Plauen aus recht gut bis zu dem Termin am 1. Juli 1847 zu erreichen sein werde, in so fern nicht weiterer Verzug eintrete.

Von dem Herrn Geheimen Regierungsrath **Kohlscütter** wurde hierauf geäußert, daß der vorliegende Antrag, namentlich mit Rücksicht auf den sechsten Punkt der ständischen Erklärung des vorigen Landtags, nichts enthalte, was nicht schon in dem Rechte und in der Pflicht der Regierung liege, nur müsse die Art der zu ergreifenden Maaßregeln von den Umständen abhängig und ohne üblen Willen dürften die im Antrage vorgeschlagenen zu hart sein.

Es habe aber die Eisenbahnverwaltung den ernstesten Vorsatz, dasjenige, was möglich sei, zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten zu leisten, und die Regierung werde hierüber sorgfältig wachen, doch liege zu Tage, daß die Vollendung der großen Thalüberbrückungen nicht rechtzeitig geschehen könne, wohl aber solle dies hinsichtlich des Anschlusses an Baiern stattfinden, auch werde dafür gesorgt werden, in der Zwischenzeit für den Tract von Reichenbach nach Plauen andere Communicationsmittel dem Verkehr zu gewähren.

Auf den vom Herrn Abgeordneten **Sachse** ausgesprochenen und von einer hinreichenden Zahl der Abgeordneten unterstützten Wunsch ward sodann nach einigen Gegenbemerkungen der Schluß der Debatte von der Kammer gegen zwei Stimmen beschlossen und hiernach auf besondere Frage der Antrag selbst gegen fünf Stimmen abgelehnt.

Nun erhob sich

der Herr Abgeordnete **D. Haase** zu Begründung des von ihm inzwischen eingebrachten neuen Antrags:

die Berathung über die sächsisch-bairische Eisenbahn in geheimer Sitzung fortzusetzen und zu beenden;

auch fand derselbe ausreichende Unterstützung, so wie unter Hervorhebung der Rentabilitätsfrage besondere Vertheidigung durch den Herrn Abgeordneten **Schäffer** und den Herrn Antragsteller; doch traten ihm die Herren Abgeordneten **Mehler**, **Joseph**, **D. Schaffrath**, Vicepräsident **Eisenstuck** und **Meißel**, sowie der Herr Referent **Georgi**, zumeist mit formellen Argumenten entgegen, bis ohnerachtet mehrseitigen Widerspruchs die Majorität den vom Herrn Abgeordneten v. **d. Planitz** auch hinsichtlich dieser Specialdebatte beanspruchten Schluß genehmigte, worauf aber der Herr Abgeordnete **D. Haase** in Hinblick auf die erlangte Zuversicht discreter Verhandlung in Bezug auf das Unternehmen den Antrag